

# Partizipation heisst Verantwortung übernehmen

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Energeia : Newsletter des Bundesamtes für Energie**

Band (Jahr): - **(2013)**

Heft 2

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-639347>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# Partizipation heisst Verantwortung übernehmen

2003 haben Bundesrat und Parlament mit dem Kernenergiegesetz beschlossen, die radioaktiven Abfälle grundsätzlich in der Schweiz zu entsorgen, da sie auch hier produziert worden sind. Dafür sind Tiefenlager vorgesehen. Wo sie zu liegen kommen, wird im Rahmen des Sachplans geologische Tiefenlager bestimmt. Das Gesetz schreibt auch vor, dass dabei die Standortbevölkerung miteinbezogen werden muss. Dies geschieht in den Regionalkonferenzen der sechs möglichen Standorte mit der sogenannten «regionale Partizipation». Ein Vetorecht der Kantone und Regionen ist ausgeschlossen.

Die Mitsprache garantiert, dass die Bevölkerung bei der Platzierung der nötigen Anlagen an der Oberfläche mitreden kann und damit eine nachhaltige Entwicklung der Region sichergestellt werden kann.

Diese engen Rahmenbedingungen müssen von den Mitgliedern der Regionalkonferenz akzeptiert werden. Sicher einer der Gründe, weshalb das Verfahren von vielen als wirkungslos taxiert wird. Nach zahlreichen intensiven Diskussionen an Aufbauforen konnte im September 2011 unsere Regionalkonferenz an der Gründungsversammlung mit rund hundert Teilnehmenden starten. Damit wurde die Bevölkerung in ihrer ganzen Breite integriert. Junge und Alte, Gemeinde- und Interessenvertreter gleichfalls wie Atomkraftgegner und –befürworterinnen, Menschen aus den Kantonen Aargau, Schaffhausen und Zürich sowie 17 Teilnehmende aus dem angrenzenden süddeutschen Raum. Dass es bisher nur zu vereinzelten Austritten aus der Regionalkonferenz gekommen ist, ist für mich ein Erfolg und darf als Vertrauensbeweis in unsere staatlichen Institutionen gewertet werden. Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer müssen aber darauf zählen können, dass der Prozess ergebnisoffen ist und dass unter den Standortregionen eine echte Vergleichbarkeit hergestellt wird. Wir gehen alle davon aus, dass das Tiefenlager schliesslich dort gebaut wird, wo die höchstmögliche Sicherheit gewährt werden kann.

*Die in dieser Rubrik formulierte Meinung entspricht derjenigen des Autors und widerspiegelt nicht zwingend die offizielle Position des Bundesamts für Energie.*

Die Mitglieder der Regionalkonferenz übernehmen mit ihrem Engagement Verantwortung für die Menschen unserer Region und künftiger Generationen. Verantwortung braucht aber auch Spielraum. Es zeigt sich als äusserst schädlich, wenn die Regionalkonferenzen von externer Seite unter Druck gesetzt werden, seien dies Interessenvertreter oder auch Behörden der Kantone, des Bundes oder der Nagra. Die Teilnehmer der Regionalkonferenzen haben ihre Aufgabe nicht gesucht, sie geben dafür ihr Engagement und viel an Zeit. Zu Recht werden jede Versuche instrumentalisiert zu werden, strikte abgelehnt und dem Anliegen und dem Bedürfnis, genügend Zeit für den Prozess zu haben, muss Rechnung getragen werden.

Als Präsident der Regionalkonferenz Nördlich Lägern stehe ich zu dem eingeschlagenen Weg des Sachplanverfahrens und der regionalen Partizipation. Ungeachtet ob man pro oder contra Kernenergie ist, wollen wir es besser machen als die Generation vor uns, die mit dem Bau der ersten AKWs das Entsorgungsproblem ungelöst uns übergeben hat. Wir dürfen diese Verantwortung für die Abfälle der letzten 40 Jahre nicht unseren Enkeln zuschieben. Die regionale Partizipation steht in der direktdemokratischen Tradition, in der die Bewohnerinnen und Bewohner dieses Landes für übergeordnete, gemeinsame Interessen zum Wohle aller eintreten. Dies gelingt aber nur, wenn sich Geben und Nehmen auch die Waage halten. Hanspeter Lienhart, Präsident Regionalkonferenz Nördlich Lägern

